

Niederschrift
über die 3. Sitzung des Gesundheitsausschusses
am 13.03.2015 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Dickmann, Bernd
Henk-Hollstein, Anna (für Herbrecht)
Loepp, Helga
Meies, Fritz
Mucha, Constanze
Nabbefeld, Michael
Naumann, Jochen
Schavier, Karl
Dr. Schlieben, Nils Helge

SPD

Arndt, Denis
Berten, Monika
Ciesla-Baier, Dietmar
Heinisch, Iris
Kiehlmann, Peter
Schmidt-Zadel, Regina
Schulz, Margret (Vorsitzende)

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Barion, Katrin
Beck, Corinna
Schäfer, Ilona (für Kresse)

FDP

Grün, Rainer
Dr. Strack-Zimmermann, Marie-Agnes

Die Linke.

Hamm, Gudrun

Freie Wähler/Piraten

Alsdorf, Georg

Gast:

Basten, Larissa, Mitglied der Landschaftsversammlung Rheinland, Die Linke.

Verwaltung:

Wenzel-Jankowski, LVR-Dezernentin "Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen"

Heister, LVR-Fachbereichsleiter "Personelle und organisatorische Steuerung"

Lüder, LVR-Fachbereichsleiter "Maßregelvollzug"

Thewes, LVR-Fachbereichsleiter "Wirtschaftliche Steuerung"

Stephan-Gellrich, LVR-Fachbereich "Planung, Qualitäts- und Innovationsmanagement"

Crede, LVR-Fachbereich "Planung, Qualitäts- und Innovationsmanagement" (bis TOP 11)

Schaefer, LVR-Fachbereich "Wirtschaftliche Steuerung" (bis TOP 11)

Schumacher, LVR-Fachbereich "Wirtschaftliche Steuerung" (bis TOP 11)

Herbst, LVR-Fachbereich "Finanzmanagement" (bis TOP 11)

Knöbelspies, LVR-Fachbereich "Kommunikation"

Landorff, LVR-Fachbereich "Kommunikation" (bis TOP 11)

Schneiders, LVR-Fachbereich "Finanzmanagement" (bis TOP 11)

Steinhoff, LVR-Stabsstelle "Gleichstellung und Gender Mainstreaming"

Groeters, LVR-Fachbereich "Personelle und organisatorische Steuerung" (Protokoll)

Referentinnen und Referenten:

Dr. Blum, Geschäftsführer der Krankenhaus Düren gemGmbH (bis TOP 3)

van Brederode, Vorstandsvorsitzender der LVR-Klinik Düren (bis TOP 3)

Dr. Grümmer, Chefärztin der Gerontopsychiatrie in der LVR-Klinik Düren (bis TOP 3)

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 2. Sitzung vom 16.01.2015
3. Zentrum für Altersmedizin und Altenhilfe Düren - Kooperationsprojekt der LVR-Klinik Düren mit der Krankenhaus Düren gGmbH und dem Rheinischen Blindenfürsorgeverein Düren 1886 (RBV)
4. Haushalt 2015/2016
- 4.1. Haushaltsanträge der Fraktionen:
Verstetigung des Modellprojektes „Leben von Menschen mit Behinderung in Gastfamilien mit ambulanter Unterstützung“ und Erweiterung des Unterstützungsangebots für die Gastfamilien **14/33 Die Linke.**
- 4.2. Haushalt 2015/16; Durchführung einer Fachtagung zum Thema PEPP **14/40 CDU, SPD**
- 4.3. Haushalt 2015/16;
Änderung der Förderung zur Begleitung des Wohnens in Gastfamilien **14/41 CDU, SPD**
- 4.4. Haushalt 2015/16;
Situation der Menschen im freiwilligen Dienst (FSJ/Bufdis) in LVR-Einrichtungen verbessern **14/43 CDU, SPD**
- 4.5. Haushalt 2015/16;
Zentrale Fortbildungsstelle LVR **14/47 CDU, SPD**
- 4.6. Haushalt 2015/16;
Angebote für Menschen mit besonderem Wohn- und Betreuungsbedarf **14/60 SPD, CDU**
- 4.7. Haushalt 2015/16;
Aufnahme von Flüchtlingen an den LVR-Schulen **14/65 SPD, CDU**
- 4.8. Haushalt 2015/16;
Erprobung von Angeboten der Peer-Beratung durch Genesungsbegleiterinnen und -begleiter in den LVR-Kliniken **14/71 SPD, CDU**
- 4.9. Haushalt 2015/16;
Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern – Implementierung des Projektes Trampolin Plus im Klinikverbund **14/72 SPD, CDU**
- 4.10. Haushalt 2015/16;
Verbesserung der Teilhabe von Suchtkranken am Arbeitsleben **14/73 SPD, CDU**

- | | | |
|-------|--|---------------------------------------|
| 4.11. | Haushalt 2015/16;
Intensivbetreuung bei Maßregelvollzugspatienten mit sehr
langen Verweildauern | 14/74 SPD, CDU |
| 4.12. | Haushalt 2015/16;
Geschlechterspezifische Medikation | 14/88 SPD, CDU |
| 4.13. | Haushalt 2015/16; Flüchtlingshilfe | 14/92 SPD, CDU |
| 4.14. | Unterstützung bei Unterbringung und Betreuung von
Flüchtlings | 14/82 GRÜNE |
| 4.15. | Ausbau Sozialpsychiatrischer Kompetenzzentren Migration | 14/86 GRÜNE |
| 4.16. | Haushalt 2015/16
Zuschuss zu Ambulanzen für Migrantinnen und Migranten | 14/93 Freie
Wähler/Piraten |
| 4.17. | Haushalt 2015/2016
hier: Zuständigkeiten des Gesundheitsausschusses | 14/207/1 |
| 5. | Wirtschaftsplanentwürfe 2015 sowie
Veränderungsnachweise zu den Wirtschaftsplänen 2015
des LVR-Klinikverbundes | 14/314 |
| 6. | Zwangmaßnahmen in den LVR-Kliniken
hier: Fixierungen in den LVR-Kliniken | 14/333 |
| 7. | Referentenentwurf eines Ersten allgemeinen Gesetzes zur
Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen | 14/188/1 |
| 8. | Aktive Partnerschaft des LVR im Rahmen der
Landesinitiative "Vielfalt verbindet! Interkulturelle
Öffnung als Erfolgsfaktor." | 14/253 |
| 9. | Anträge und Anfragen der Fraktionen | |
| 10. | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 11. | Verschiedenes | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|-------|---|---------------|
| 12. | Niederschrift über die 2. Sitzung vom 16.01.2015 | |
| 13. | Personalmaßnahmen | |
| 13.1. | Wiederbestellung zur Kaufmännischen Direktorin und
Vorsitzenden des Klinikvorstandes des LVR-Klinikums
Essen - Kliniken und Institut der Universität Duisburg-
Essen - | 14/308 |
| 13.2. | Wiederbestellung zum Pflegedirektor im Klinikvorstand
der LVR-Klinik Viersen | 14/309 |
| 14. | Maßregelvollzug | |
| 14.1. | Aktueller Bericht | |

- 14.2. Belegungsentwicklung im Maßregelvollzug in der LVR- Klinik Bedburg-Hau **14/313**
- 14.3. Belegungssituation im Maßregelvollzug
15. Anträge und Anfragen der Fraktionen
16. Mitteilungen der Verwaltung
17. Verschiedenes

Beginn der Sitzung: 09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil: 11:00 Uhr
Ende der Sitzung: 11:30 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Vorsitzende die Mitglieder des Gesundheitsausschusses, die Gäste und die Verwaltung zu der heutigen Sitzung.

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Frau Schmidt-Zadel bittet darum, die Anträge Nr. 14/82 GRÜNE "Unterstützung bei Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen", Nr. 14/86 GRÜNE "Ausbau Sozialpsychiatrischer Kompetenzzentren Migration" und Nr. 14/93 Freie Wähler/Piraten "Haushalt 2015/2016 Zuschuss zu Ambulanzen für Migrantinnen und Migranten" zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu verweisen, da keine ausreichende Zeit für eine Vorberatung der Anträge gewesen sei.

Der Gesundheitsausschuss stimmt dem zu.

Der aktualisierten Tagesordnung für die Sitzung des Gesundheitsausschusses am 13.03.2015 wird zugestimmt.

Punkt 2

Niederschrift über die 2. Sitzung vom 16.01.2015

Frau Wenzel-Jankowski informiert, wegen der Haushaltsplanberatungen werde sie ihren Vortrag zu Chancen und Risiken des PEPP-Systems aus Sicht eines großen Krankenhausträgers in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses halten.

Gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3

Zentrum für Altersmedizin und Altenhilfe Düren - Kooperationsprojekt der LVR-Klinik Düren mit der Krankenhaus Düren gGmbH und dem Rheinischen Blindenfürsorgeverein Düren 1886 (RBV)

Herr van Brederode, Herr Dr. Blum und Frau Dr. Grümmer stellen das Zentrum für Altersmedizin Düren - ein integriertes Modell zur Behandlung von Menschen im höheren Lebensalter vor. Wichtig sei es, die Krankenhäuser für die steigende Zahl hochaltriger Patientinnen und Patienten mit in der Regel multimorbiden Erkrankungen zu sensibilisieren und Lösungen hierfür zu entwickeln und vorzuhalten.

Der Power-Point-Vortrag von Herrn van Brederode, Herrn Dr. Blum und Frau Dr. Grümmer wird der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

Von Herrn Nabbefeld, Herrn Meies, Frau Beck, Herrn Alsdorf, Frau Heinisch, Frau Barion, Frau Berten und Frau Schäfer werden folgende Punkte hervorgehoben:

- Aufgrund der demographischen Entwicklung nehme der Anteil an Patientinnen und Patienten in den Krankenhäusern zu, die an Demenz erkrankt seien. Dieses müsse in den Krankenhäusern Berücksichtigung finden. Es müsse über neue pflegerische betreuende Konzepte nachgedacht werden.
- Aufgrund der örtlichen Voraussetzungen in Viersen biete sich ein Modell - wie das Zentrum für Altersmedizin Düren - auch in Viersen an.
- Besonders gelungen sei, dass keine neue geriatrische Station geschaffen worden sei, sondern die Probleme bei der Behandlung hochbetagter Menschen über Kooperationen gelöst würden.
- Der durch den Krankenhausplan vorgesehene Bettenabbau und die Auswirkungen von PEPP würden die Situation der Behandlung von älteren Menschen noch verschärfen.
- In den Krankenhäusern müsse auch auf die Suchtproblematik von älteren Menschen angemessen eingegangen werden.
- Bei der Behandlung von Menschen mit Behinderungen in somatischen Krankenhäusern stelle sich die gleiche Thematik wie bei der Behandlung von hochbetagten Menschen.

Herr van Brederode ergänzt, durch die Kooperationsvereinbarungen in Düren werde auch eine Entstigmatisierung der psychiatrischen Behandlung von älteren Menschen erreicht.

Auf Frage von Frau Beck antwortet Herr Dr. Blum, die Finanzierung des Modellprojekts erweise sich als sehr schwierig, da es nach der Sozialgesetzgebung für verschiedene Behandlungsleistungen unterschiedliche Kostenträger gebe. Daneben sei es notwendig, der Gerontopsychiatrie einen höheren Stellenwert im Krankenhausplan einzuräumen. Wünschenswert wäre eine wissenschaftliche Evaluation des Modellprojekts.

Frau Schmidt-Zadel schlägt vor, das Modell in Düren auch auf die anderen LVR-Kliniken zu übertragen.

Die Vorsitzende bedankt sich im Namen des Gesundheitsausschusses für den Vortrag und bittet die Verwaltung über den Fortgang des Projekts zu berichten.

Der Power-Point-Vortrag von Herrn van Brederode, Herrn Dr. Blum und Frau Dr. Grümmer wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4
Haushalt 2015/2016

Punkt 4.1
Haushaltsanträge der Fraktionen:
Verstetigung des Modellprojektes „Leben von Menschen mit Behinderung in Gastfamilien mit ambulanter Unterstützung“ und Erweiterung des Unterstützungsangebots für die Gastfamilien
Antrag 14/33 Die Linke.

Herr Nabbefeld begründet die Ablehnung des Antrags Nr. 14/33 der Fraktion Die Linke. damit, dass der Antrag Nr. 14/41 der Fraktionen CDU und SPD eine etwas andere Zielrichtung habe.

Frau Hamm erläutert den Antrag Nr. 14/33 Die Linke.

Herr Alsdorf bittet darum klar zu stellen, welche Kosten für den Landschaftsverband Rheinland durch die einzelnen Haushaltsanträge entstehen.

Die Vorsitzende weist darauf hin, diese Fragen müssten im Finanz- und Wirtschaftsausschuss gestellt werden.

Frau Dr. Strack-Zimmermann gibt zu bedenken, möglicherweise könnten die beiden Anträge miteinander verbunden werden.

Der Gesundheitsausschuss lehnt den Antrag Nr. 14/33 **mehrheitlich** mit den Stimmen der Fraktionen CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke. und Freie Wähler/Piraten ab.

Punkt 4.2
Haushalt 2015/16; Durchführung einer Fachtagung zum Thema PEPP
Antrag 14/40 CDU, SPD

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah eine Fachtagung zum Thema PEPP durchzuführen und die bisherigen Erkenntnisse der Optionsphase darzustellen. Gleichzeitig werden die Fachgremien regelmäßig über die Ergebnisse informiert.

Punkt 4.3
Haushalt 2015/16;
Änderung der Förderung zur Begleitung des Wohnens in Gastfamilien
Antrag 14/41 CDU, SPD

Der Gesundheitsausschuss fasst **mehrheitlich** mit den Stimmen der Fraktionen CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke. bei Enthaltung der Fraktion Freie Wähler/Piraten folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Förderung des Modellprojektes Finanzierung von spezialisierten Fachdiensten zur Begleitung des Wohnens in Gastfamilien wird ab dem 01.01.2016 nur für die Fachdienste in eine Regelförderung überführt, die die fachlichen Vorgaben und finanziellen Annahmen

des Modellvorhabens erfüllt haben.

Punkt 4.4

Haushalt 2015/16;

Situation der Menschen im freiwilligen Dienst (FSJ/Bufdis) in LVR-Einrichtungen verbessern

Antrag 14/43 CDU, SPD

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Modell zu entwickeln, damit Menschen mit Behinderung notwendige Unterstützungen erhalten und in die Lage versetzt werden, eine Tätigkeit im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes/FSJ aufzunehmen. Darüber hinaus sollen Gespräche mit den Trägern der freiwilligen Dienste aufgenommen werden mit dem Ziel, möglichst eine einheitliche Vergütung in allen LVR-Einrichtungen für die Menschen in den freiwilligen Diensten zu erreichen. Über das Ergebnis dieser Gespräche ist den Gremien zu berichten.

Des Weiteren soll - nach Möglichkeit ebenfalls mit den Trägern - ein Modell entwickelt werden, wonach den betroffenen MitarbeiterInnen eine Erstattung der Fahrtkosten ermöglicht wird.

Punkt 4.5

Haushalt 2015/16;

Zentrale Fortbildungsstelle LVR

Antrag 14/47 CDU, SPD

Frau Beck schlägt vor, zuerst die Fragen zu den Fortbildungsangeboten durch die Verwaltung beantworten zu lassen und erst danach die Verwaltung zu beauftragen, Vorschläge zu erarbeiten, wonach es wieder eine zentrale Fortbildungsstelle für die Fortbildungen des Landschaftsverbandes Rheinland geben solle.

Frau Schmidt-Zadel und Herr Nabbefeld antworten, der Antrag solle in der vorliegenden Fassung zur Abstimmung gestellt werden.

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke. und Freie Wähler/Piraten folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, wonach es wieder eine zentrale Fortbildungsstelle für die Fortbildungen des LVR gibt. Dadurch sollen im Vergleich zu den aktuellen Aufwendungen für Fortbildungen Einsparungen realisiert werden. Aspekte wie Erreichbarkeit und erforderliche Infrastruktur sollen berücksichtigt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Darstellung der Fortbildungsangebote anzufertigen und dabei die folgenden Fragen zu beantworten:

- Für wie viele Mitarbeiter wurden im Jahr 2014 Fortbildungen durchgeführt?
- Mit welchem Finanzeinsatz waren diese Fortbildungen unter Einschluss von

Reisekosten verbunden?

- Wie hoch ist der Anteil der Fortbildungen, die in der Zentralverwaltung in Köln durchgeführt werden?
- In welchem Umfang wird für Fortbildungsveranstaltungen und Seminare auf Tagungshotels und sonstige Fortbildungsstätten in anderer Trägerschaft als der des LVR zurückgegriffen?

Punkt 4.6

Haushalt 2015/16;

Angebote für Menschen mit besonderem Wohn- und Betreuungsbedarf

Antrag 14/60 SPD, CDU

Frau Beck hebt hervor, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne dem Antrag nur zustimmen, wenn es nicht um die Ausweisung von zusätzlichen Plätzen gehe, sondern nur um eine Änderung der Angebotsstruktur.

Frau Schmidt-Zadel weist auf die zunehmende Anzahl von schwer psychisch chronisch kranken Menschen hin, die im Anschluss an ihren Klinikaufenthalt auf ein Leben in betreuten Wohnformen angewiesen seien.

Der Gesundheitsausschuss fasst **mehrheitlich** mit den Stimmen CDU und SPD gegen die Stimme der Fraktion Freie Wähler/Piraten bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke. folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, wie viele Menschen beim LVR bekannt sind oder festgestellt werden können, für die es aufgrund der Art und Schwere ihrer Beeinträchtigung in der derzeitigen Struktur von Wohnheimen und Betreuten Wohnangeboten keine ausreichenden Angebote gibt. Auf dieser Basis sollten entsprechende Perspektiven zur Schaffung bzw. Weiterentwicklung angemessener Wohn- und Betreuungsformen für diesen Personenkreis aufgezeigt werden.

Punkt 4.7

Haushalt 2015/16;

Aufnahme von Flüchtlingen an den LVR-Schulen

Antrag 14/65 SPD, CDU

Auf Frage von Frau Dr. Strack-Zimmermann antwortet Frau Wenzel-Jankowski, im Rahmen der Flüchtlingshilfe böten die LVR-Kliniken den Kommunen offensiv entsprechende Unterbringungsmöglichkeiten an. Dieses sei auch in Düsseldorf so erfolgt. Hierzu werde auf die Ausführungen in der Vorlage Nr. 14/392 verwiesen.

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

In der sich zuspitzenden Situation von Flüchtlingen in den Mitgliedskommunen wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, in wie weit auch die LVR-Schulen die Möglichkeit der Beschulung von Flüchtlingen haben. Zusätzlich ist zu prüfen, welche Hilfsangebote Flüchtlingsfamilien mit Kindern mit Behinderung und/oder traumatisierten Kindern gemacht werden können.

Punkt 4.8

Haushalt 2015/16;

Erprobung von Angeboten der Peer-Beratung durch Genesungsbegleiterinnen und -begleiter in den LVR-Kliniken

Antrag 14/71 SPD, CDU

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Einsatz von Genesungsbegleiterinnen und -begleitern in bis zu drei LVR-Kliniken modellhaft zu erproben und über die Erfahrungen zu berichten.

Punkt 4.9

Haushalt 2015/16;

Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern – Implementierung des Projektes Trampolin Plus im Klinikverbund

Antrag 14/72 SPD, CDU

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Vorstände der LVR-Kliniken werden gebeten zu prüfen, inwieweit das erfolgreich in der LVR-Klinik Düren eingeführte Gruppenprogramm für Kinder aus belasteten Familien in der eigenen Klinik umgesetzt werden kann. Über die Umsetzung soll in den Krankenhausausschüssen berichtet werden.

Punkt 4.10

Haushalt 2015/16;

Verbesserung der Teilhabe von Suchtkranken am Arbeitsleben

Antrag 14/73 SPD, CDU

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Der LVR-Klinikverbund wird beauftragt, ähnlich dem SUNRISE-Projekt am LVR-Klinikum Essen, Erprobungsvorhaben zu initiieren und unterstützend zu begleiten, die durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Jobcenter und Suchtkrankenversorgung an weiteren Klinikstandorten im Rheinland geeignet sind, die Teilhabe Suchtkrankender am Arbeitsleben zu verbessern.

Punkt 4.11

Haushalt 2015/16;

Intensivbetreuung bei Maßregelvollzugspatienten mit sehr langen Verweildauern

Antrag 14/74 SPD, CDU

Auf Frage von Frau Beck erläutert Frau Wenzel-Jankowski, dass für Patienten, die auf die Entlassung aus dem Maßregelvollzug vorbereitet würden, Kostenträger das Land sei. Sobald Maßregelvollzugspatienten aus Gründen der Unverhältnismäßigkeit der Dauer ihrer Unterbringung aus dem Maßregelvollzug entlassen würden, sei Kostenträger nicht mehr das Land. Diese Patienten, die weiterhin ein erhöhtes Risiko für die Gesellschaft

durch die mögliche Begehung einer erneuten Straftat darstellten, müssten aber nachsorgend betreut werden.

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für Maßregelvollzugspatienten, die einerseits aus Gründen der Unverhältnismäßigkeit der Dauer ihrer Unterbringung entlassen werden müssten, die andererseits aber weiterhin ein erhöhtes Risiko für die Gesellschaft durch Begehung einer erneuten Straftat darstellen oder die ohne ausreichende Hilfen für sich selbst sind, geeignete Maßnahmen der Betreuung zu entwickeln. Dabei sind Konzept und Finanzierung eng mit dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden abzustimmen.

Punkt 4.12
Haushalt 2015/16;
Geschlechterspezifische Medikation
Antrag 14/88 SPD, CDU

Der Gesundheitsausschuss fasst **mehrheitlich** mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke. gegen die Stimme der Fraktion Freie Wähler/Piraten folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, Fachtagungen zum Thema „Geschlechterspezifische Medikation“ durchzuführen und entsprechenden Erkenntnistransfer in den Klinikverbund sicherzustellen.

Punkt 4.13
Haushalt 2015/16; Flüchtlingshilfe
Antrag 14/92 SPD, CDU

Frau Beck weist auf den thematischen Zusammenhang mit dem Antrag Nr. 14/82 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hin. Sie kündigt an, im Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu beantragen, einen gemeinsamen Antrag zu verabschieden.

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die in ihrem Schreiben vom 25.02.2015 aufgezählten Maßnahmen zur Hilfe für Flüchtlinge (s. Anlage, Seite 9 f. des genannten Schreibens) zu etatisieren und umzusetzen.
Gleichzeitig wird die Verwaltung gebeten, die mögliche Kostenübernahme durch andere Träger intensiv zu prüfen und die entstehenden Kosten diesen Trägern gegenüber geltend zu machen.

Punkt 4.14
Unterstützung bei Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen
Antrag 14/82 GRÜNE

Die Beratung und Beschlussfassung wird einvernehmlich ohne Votum an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen.

Punkt 4.15

Ausbau Sozialpsychiatrischer Kompetenzzentren Migration Antrag 14/86 GRÜNE

Die Beratung und Beschlussfassung wird einvernehmlich ohne Votum an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen.

Punkt 4.16

Haushalt 2015/16

Zuschuss zu Ambulanzen für Migrantinnen und Migranten

Antrag 14/93 Freie Wähler/Piraten

Die Beratung und Beschlussfassung wird einvernehmlich ohne Votum an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen.

Punkt 4.17

Haushalt 2015/2016

hier: Zuständigkeiten des Gesundheitsausschusses

Vorlage 14/207/1

Frau Beck, Frau Dr. Strack-Zimmermann und Herr Alsdorf erklären, dass sie an dieser Abstimmung nicht teilnehmen würden, da die Beratungen über den Gesamthaushalt in ihren Fraktionen noch nicht abgeschlossen seien.

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. und Nichtteilnahme der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Freie Wähler/Piraten folgenden Beschluss:

- 1) Dem Entwurf des Haushalts 2015/2016 für die Produktgruppen 060 (ohne das Produkt A.060.03), 061, 064 und 076 im Produktbereich 07 wird gemäß Vorlage 14/207 zugestimmt.
- 2) Dem Entwurf des Haushalts 2015/2016 einschließlich der Veränderungsnachweise für die Produktgruppen 059, 062 und 063 im Produktbereich 07 wird gemäß Vorlage 14/207/1 zugestimmt.

Punkt 5

Wirtschaftsplanentwürfe 2015 sowie Veränderungsnachweise zu den Wirtschaftsplänen 2015 des LVR-Klinikverbundes

Vorlage 14/314

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

1. Die Wirtschaftsplanentwürfe des LVR-Klinikverbundes für das Jahr 2015 einschließlich der ihnen vorangestellten Betrauungsakte, des Kassenkreditrahmens und der Verpflichtungsermächtigungen werden unter Berücksichtigung der Veränderungsnachweise in der Fassung der Vorlage Nr. 14/314 festgestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Wirtschaftsplanentwürfe 2015 bis zur Drucklegung noch an die aktuelle Entwicklung anzupassen und ggf. erforderliche Änderungen ohne

Einzelauufführung in den Veränderungsnachweisen bei der Drucklegung der entgültigen Wirtschaftspläne vorzunehmen, soweit diese keine Auswirkungen auf die ausgewiesenen Ergebnisse haben.

Punkt 6
Zwangsmaßnahmen in den LVR-Kliniken
hier: Fixierungen in den LVR-Kliniken
Vorlage 14/333

Auf Fragen von Frau Barion, Frau Schmidt-Zadel, Herrn Nabbefeld und Frau Berten antwortet Frau Wenzel-Jankowski:

- Für den nächsten Bericht werde die Datenbasis zu den Fixierungen aufgrund der Anregungen des internen Arbeitskreises Benchmarking nochmals verbessert. Darüber hinaus werde die Datengrundlage erweitert, da sich der LVR-Klinikverbund zukünftig an einem nationalen Benchmarking beteiligen möchte.
- Zukünftig werde mit Hilfe des Krankenhausinformationssystems auch ein Benchmarking zu Zwangsmedikationen möglich sein.
- Im nächsten Bericht werde auch die Gruppe der geistig Behinderten in den LVR-Kliniken gesondert erfasst.

Der Bericht zu den Zwangsmaßnahmen in den LVR-Kliniken wird gemäß Vorlage Nr. 14/333 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7
Referentenentwurf eines Ersten allgemeinen Gesetzes zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen
Vorlage 14/188/1

Herr Nabbefeld bedankt sich für die Zusendung des Referentenentwurfs und unterstützt die Stellungnahme der Verwaltung.

Der Referentenentwurf eines Ersten allgemeinen Gesetzes zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen und die gemeinsame Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände und beider Landschaftsverbände vom 12.12.2014 hierzu wird gemäß Vorlage Nr. 14/188/1 zur Kenntnis genommen.

Punkt 8
Aktive Partnerschaft des LVR im Rahmen der Landesinitiative "Vielfalt verbindet! Interkulturelle Öffnung als Erfolgsfaktor."
Vorlage 14/253

Auf Frage von Frau Schäfer antwortet Frau Wenzel-Jankowski, zu der Frage der Anwendung des anonymisierten Bewerbungsverfahrens beim Landschaftsverband Rheinland werde im Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung ergänzend berichtet.

Die Berichtsvorlage 14/253 "Aktive Partnerschaft des LVR im Rahmen der Landesinitiative 'Vielfalt verbindet! Interkulturelle Öffnung als Erfolgsfaktor.'" wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9
Anträge und Anfragen der Fraktionen

Keine Anmerkungen.

Punkt 10
Mitteilungen der Verwaltung

Keine Anmerkungen.

Punkt 11
Verschiedenes

Keine Anmerkungen.

Aachen, 17.04.2015

Die Vorsitzende

Schulz

Köln, 24.03.2015

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland
In Vertretung

Wenzel-Jankowski

Zentrum für Altersmedizin Düren – Ein integriertes Modell zur Behandlung von Menschen im höheren Lebensalter



Vortrag vor dem Gesundheitsausschuss am 13. 3. 2015

Herr Dr. Blum
Herr van Brederode
Frau Dr. Grümmer

Gliederung

1. Das Zentrum für Altersmedizin als Ansatz zur Sicherung ein hohen Versorgungsqualität für hochaltrige Menschen im demografischen Wandel - Herr van Brederode -
2. Das Dürener Modell – Herr Dr. Blum -
3. Beispiele aus der Praxis – Frau Dr. Grümmer -
4. Resümee –Herr van Brederode -

1. Das Zentrum für Altersmedizin als Ansatz zur Sicherung einer hohen Versorgungsqualität für hochaltrige Menschen im demografischen Wandel

Herr van Brederode

Ausgangsbedingung: Die Zahl der hochaltrigen Menschen wird in den nächsten Jahrzehnten kontinuierlich steigen.

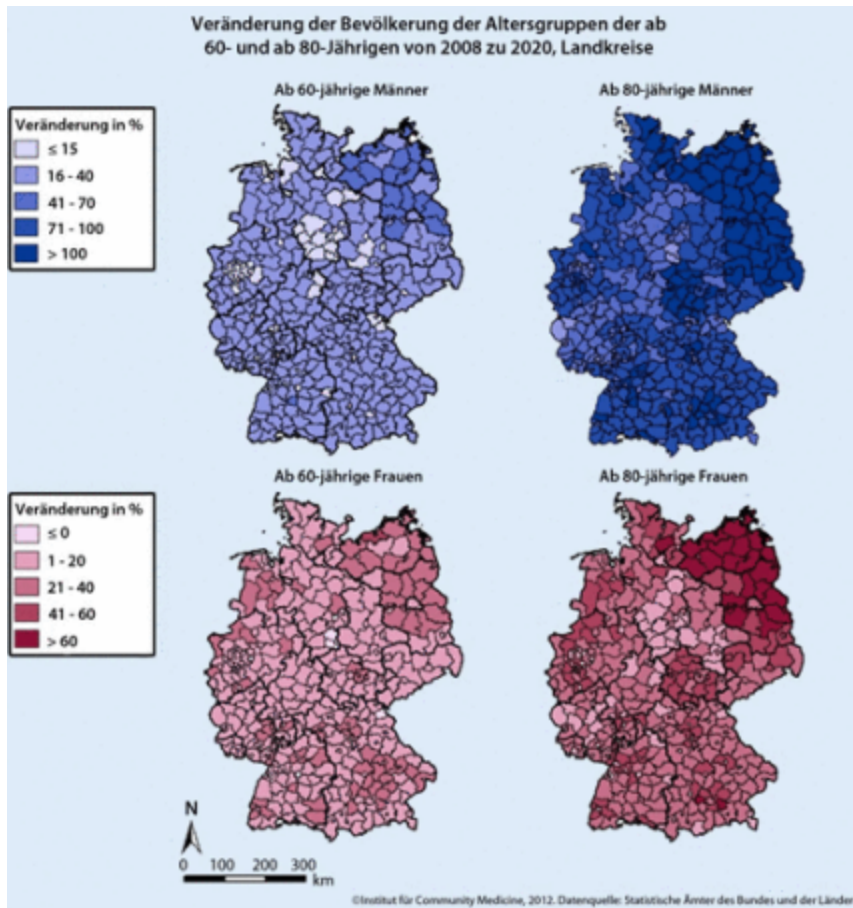


Abb. 1 Regionale Analyse der Änderungen beim Anteil der über 60-jährigen und über 80-jährigen Männer und Frauen zwischen 2008 und 2020 (nach [1]). Datenquelle: Statistisches Bundesamt [3]. (Mit freundl. Genehmigung des Instituts für Community Medicine; <http://www.medizin.uni-greifswald.de/icm/>)

Herausforderungen für Krankenhäuser

- steigende Zahl hochaltriger Patientinnen und Patienten
- mit i. d. R. multimorbiden Erkrankungen
- steigende Häufigkeit dementieller Problemstellungen
- die sich häufig durch die Krankenhausbehandlung verstärken oder erstmalig wahrnehmbar manifestieren (Durchgangssyndrom, Krankenhausdelir)
- Krankenhäuser haben unter den Bedingungen des DRG-Systems ihre Behandlungs- und Pflegeprozesse zunehmend durchrationalisiert
 - weniger Personal im Stationsbetrieb
 - höhere Fallzahlen
 - kürzere Verweildauern
- Behandlung wird den komplexen Anforderungen hochaltriger, multimorbider Patienten oft nicht ausreichend gerecht

Funktion der spezialisierten geriatrischen Versorgung

- Krankenhausplan NRW formuliert weitreichende qualitative Anforderungen an die geriatrische Versorgung: Personell, Räumlich, Vernetzung
- Nur geringe quantitative Änderungen im Gebiet Geriatrie
 - RBz Düsseldorf: 1422 (-63) Betten
 - RBz Köln: 1084 (+85) Betten
- Die spezialisierte geriatrische Versorgung kann nur die „Spitze des Eisbergs“ hochaltriger Patienten erreichen.
 - Quantitativ (Kapazitätsbedingt)
 - Qualitativ, da sie spezialisierten Behandlungsanforderungen nicht gerecht werden kann (Kardiologie, Chirurgie, Onkologie.....)

Konsequenz:

- Ergänzend zum Angebot der Geriatrien muss die gesamte Krankenhausversorgung für die Behandlung hochaltriger Menschen ertüchtigt werden.
- Das Zentrum für Altersmedizin zielt auf die Qualifizierung aller relevanten somatischen Abteilungen.

2. Das Dürener Modell

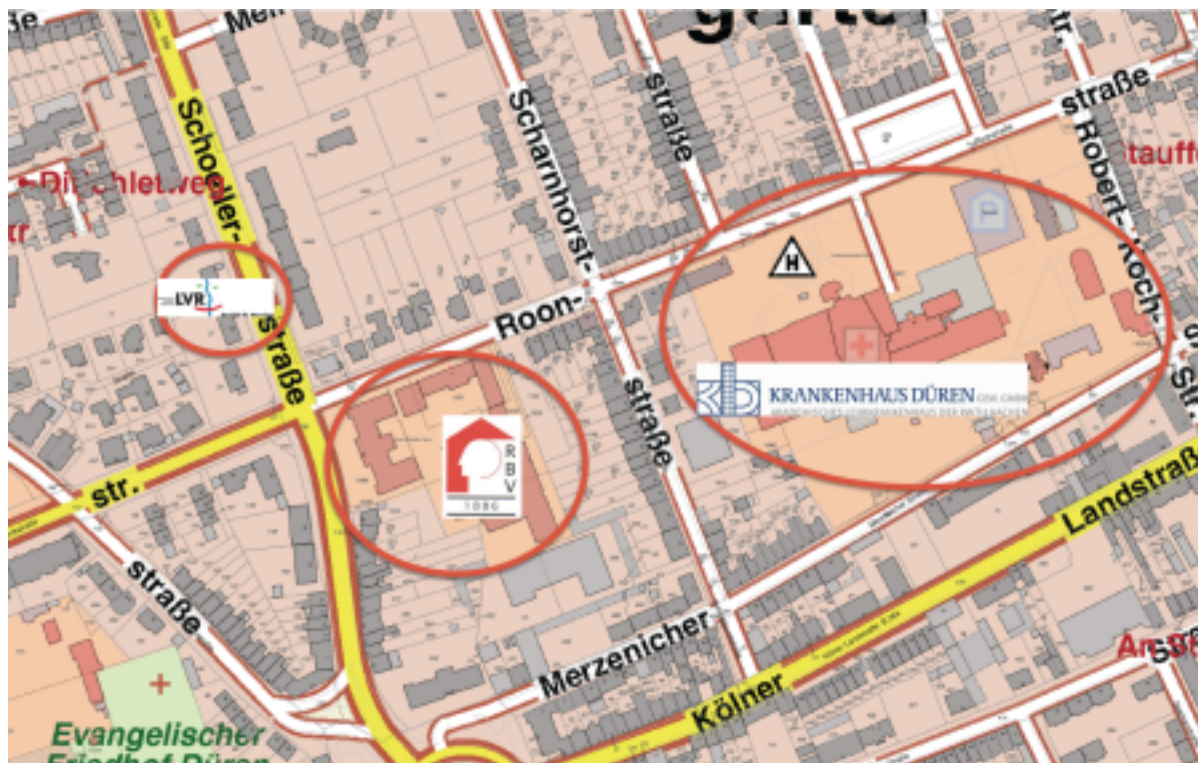
Herr Dr. Blum



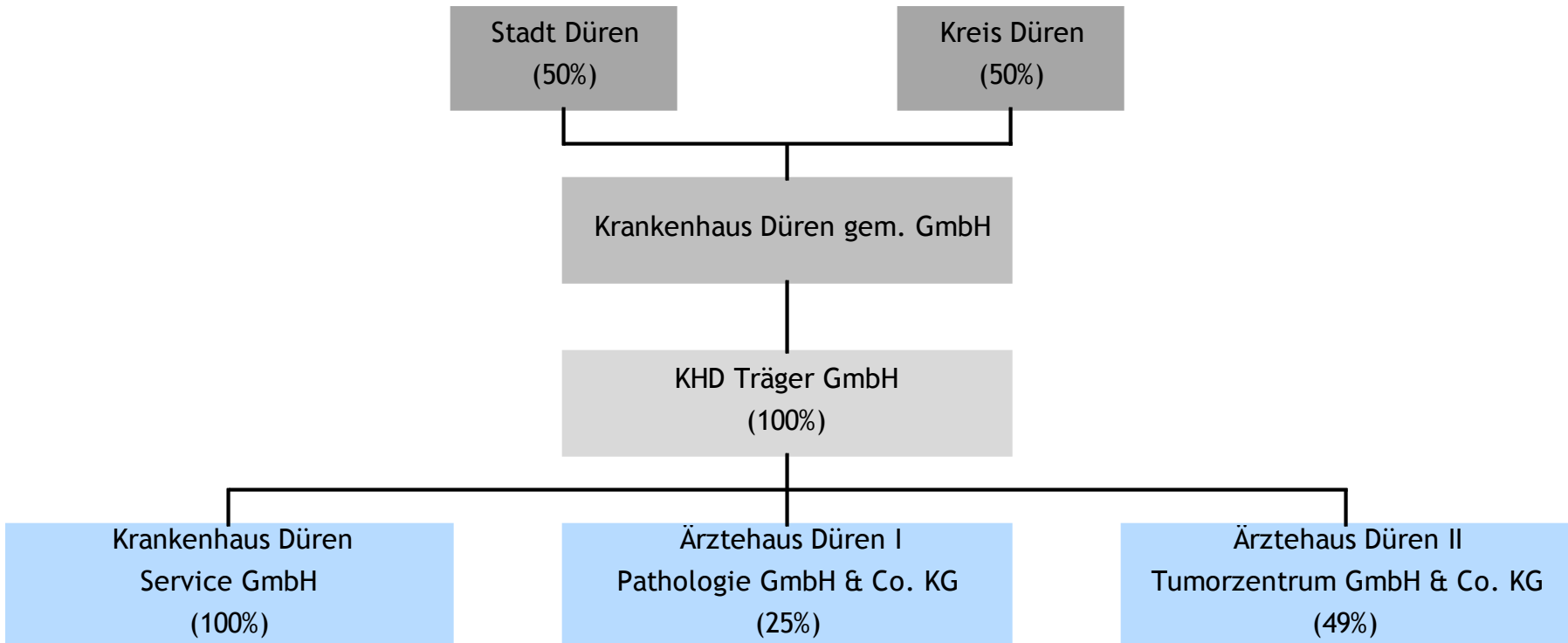
KRANKENHAUS DÜREN GEM. GMBH
AKADEMISCHES LEHRKRANKENHAUS DER RWTH AACHEN



Kompetenz und Verantwortung



Gesellschaftsstruktur



Unternehmensprofil



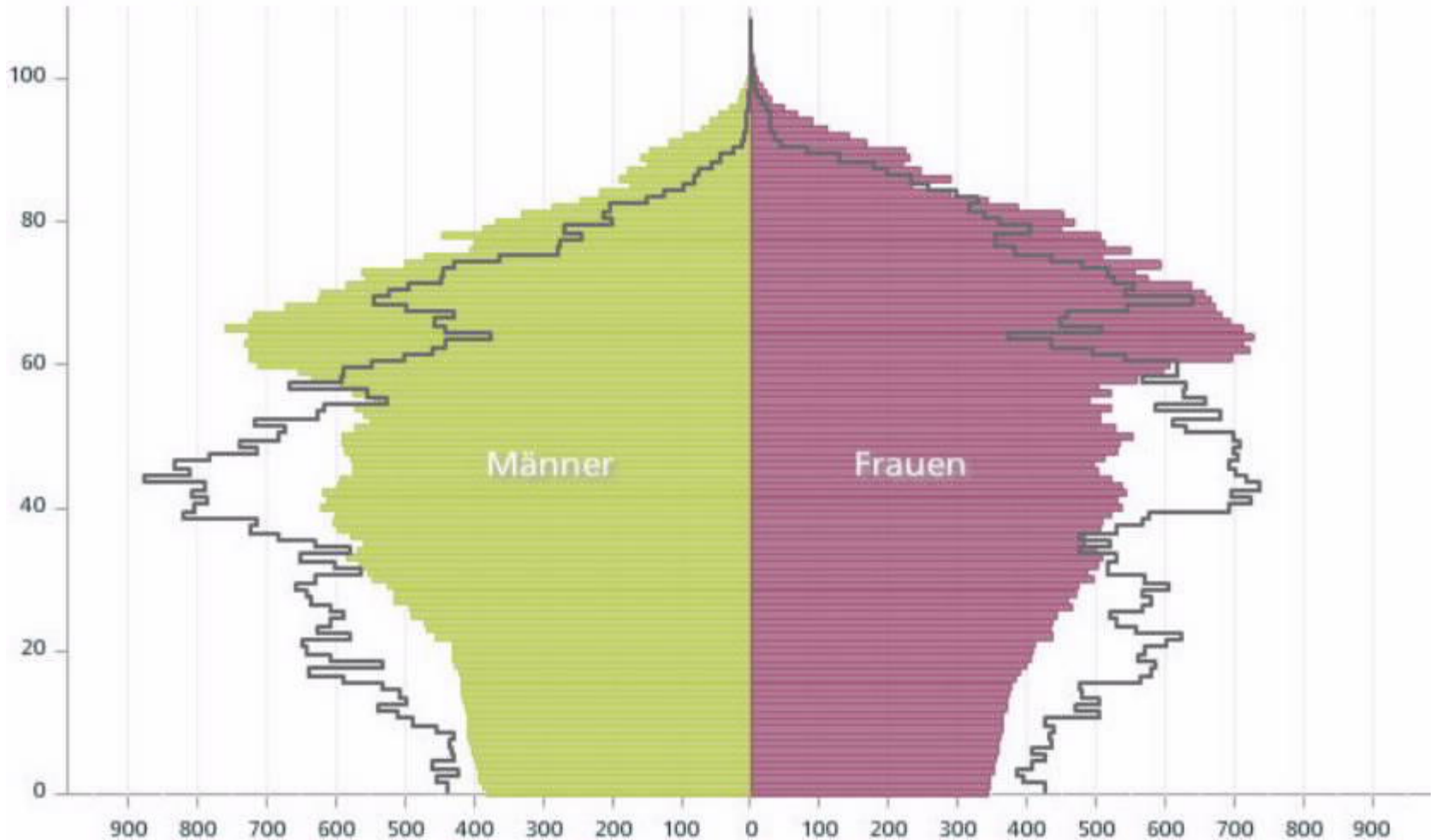
- Mit höchstem Qualitätsanspruch an Medizin und Pflege trägt das Krankenhaus Düren eine besondere Verantwortung für die Gesundheitsversorgung der Menschen in der Region. **Rund 20.000 stationäre und 50.000 ambulante Patienten** vertrauen in jedem Jahr auf uns als führenden Schwerpunktversorger zwischen Köln und Aachen, zwischen Eifel und Niederrhein.
- **Menschliche Zuwendung und innovative Technik** prägen unsere Fachabteilungen, in denen wir rund um die Uhr umfassende Versorgung auf höchstem Niveau bieten.

Medizinische Leistungen

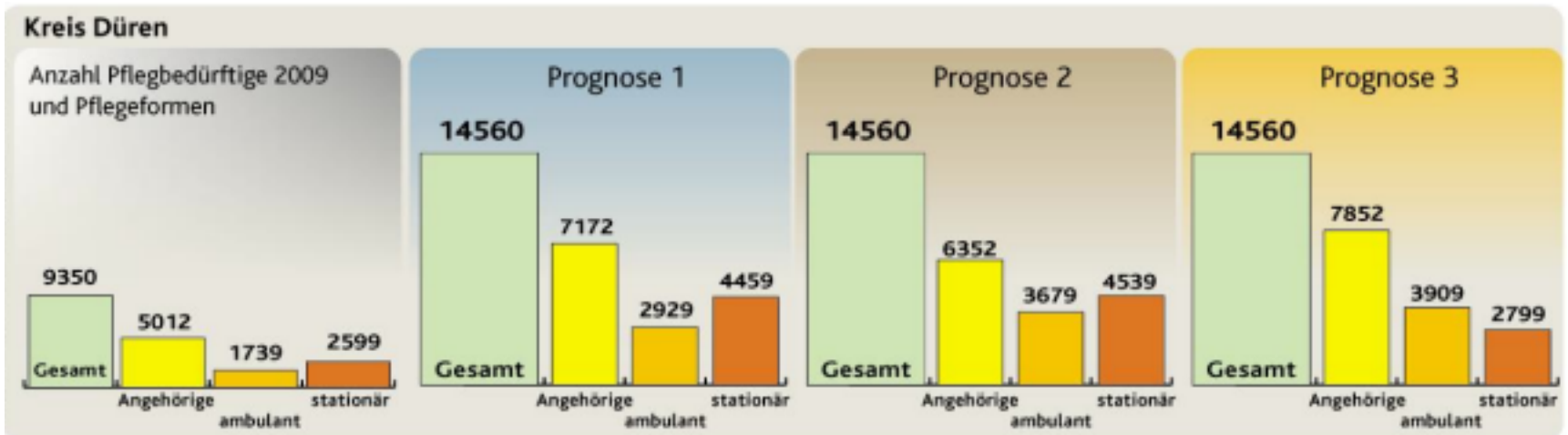


- Mit seinen **13 Fachkliniken**, den Instituten, Zentren und weiteren therapeutischen Einrichtungen deckt das Krankenhaus Düren ein **sehr breites Spektrum an Behandlungsangeboten und Gesundheitsvorsorge** für die Menschen im Kreis Düren und der Region ab. Hochleistungsmedizin ist unser Anspruch.
- Das gilt vor allem für die **medizinischen Schwerpunkte**, in denen das Krankenhaus Düren besonderes spezialisiert ist. Schwerpunkte sind die **Behandlung von Tumoren, Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems, der Verdauungs- und Stoffwechselorgane und des Bewegungsapparates**. Interdisziplinäre Zusammenarbeit wird dabei groß geschrieben.

Bevölkerungspyramide für Düren 2030



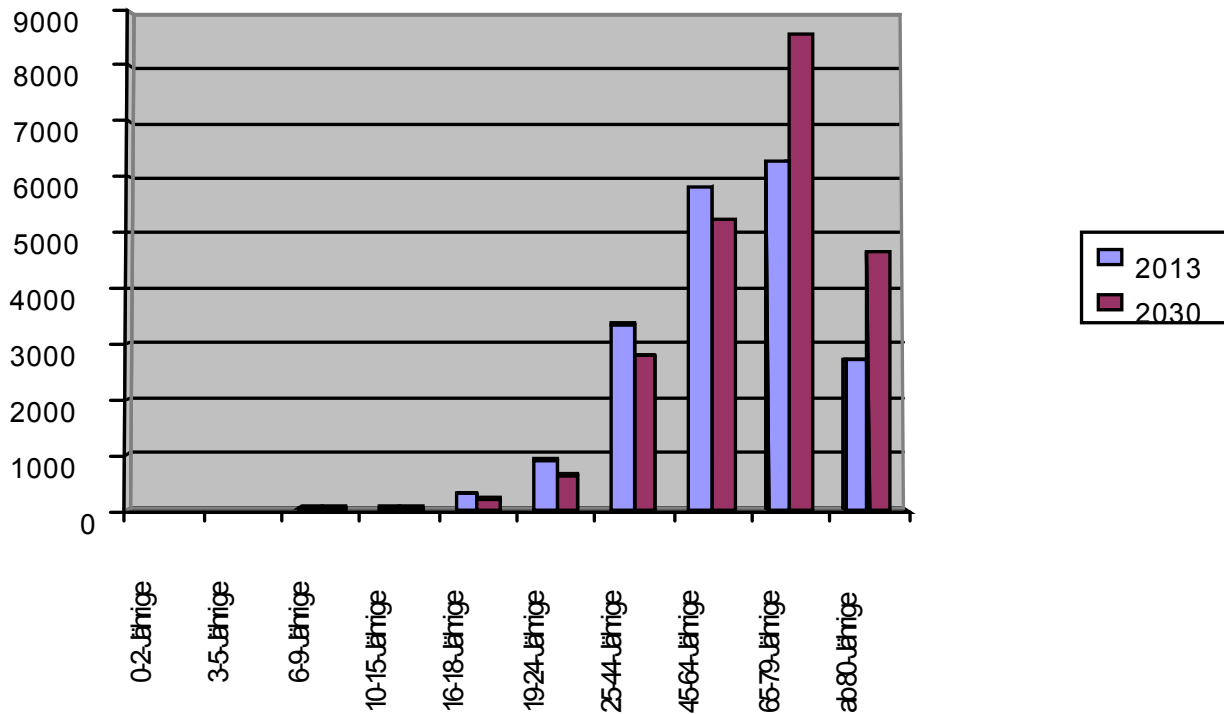
Pflegebedürftigkeit im Kreis Düren (Prognose 2030)

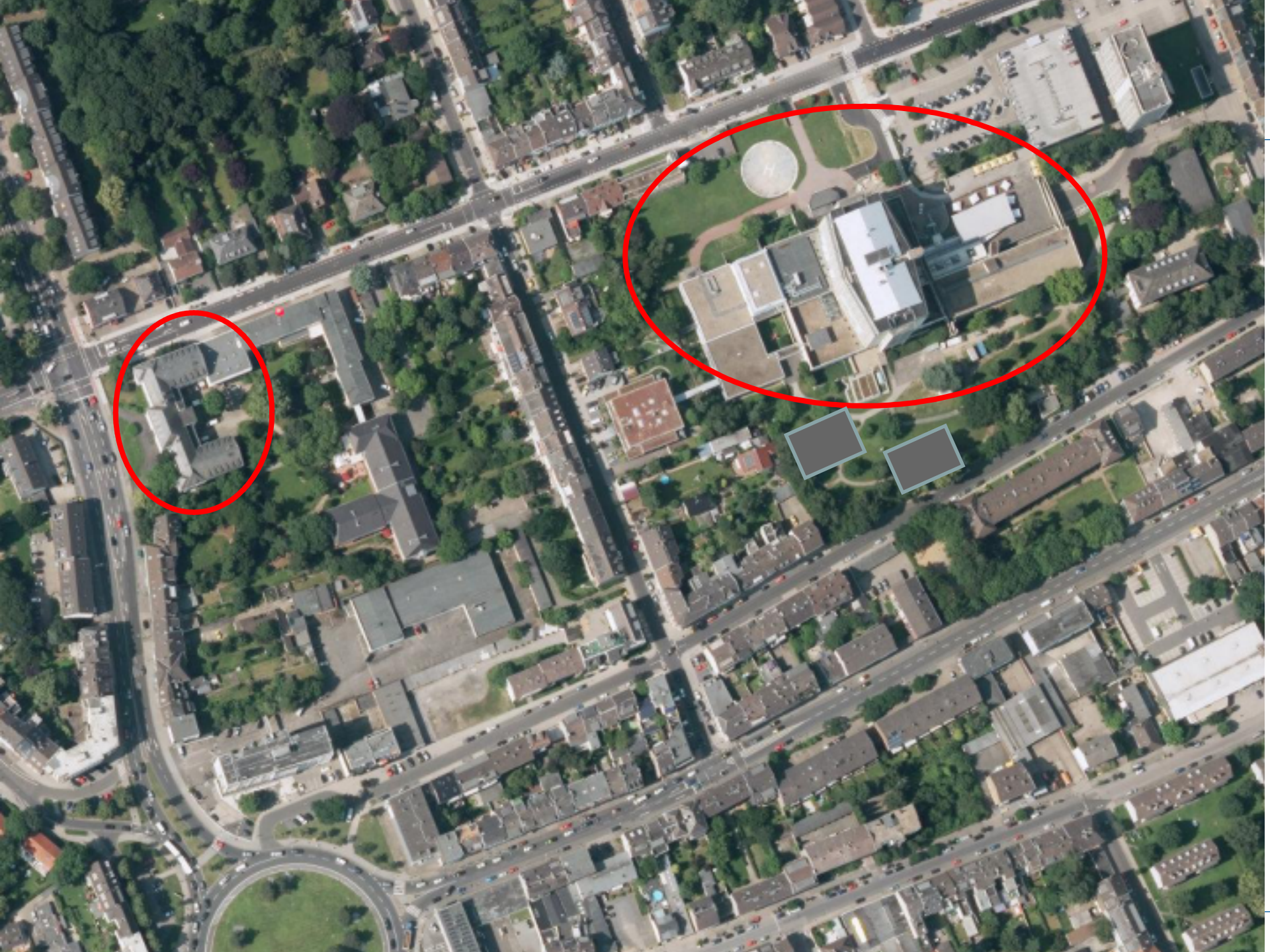


Tendenz steigend: Die Zahl der Pflegebedürftigen in der Region wird sich bis 2030 deutlich erhöhen. Prognose 1 ist die Fortschreibung der heutigen Pflegeformen mit den voraussichtlichen Fallzahlen im Jahr 2030. Prognose 2 zeigt die Entwicklung bei Zunahme der professionellen ambulanten und stationären Pflege. Prognose 3 geht von einer Zunahme der häuslichen Pflege und einem Rückgang der professionellen Pflege aus.

Grafik: ZVA/Günter Herfs, Quelle: Bertelsmann

Prognose Fallverteilung Krankenhaus Düren







- In Nordrhein-Westfalen sollen künftig alle Patienten ab dem 75. Lebensjahr, die stationär behandelt werden, einem Screening unterzogen werden. Damit sollen die Patienten ermittelt werden, die eine geriatrische Versorgung benötigen. Bei ihnen folgt dann ein geriatrisches Assessment.
- Die demographische Entwicklung verlangt bei der regionalen Krankenhausplanung ein verstärktes Zusammenwirken mit ambulanten, rehabilitativen und pflegerischen Angeboten. Wir müssen einen Rahmen setzen, der auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung Qualität sicher
- Die ausdrücklich gewünschte Kooperation zwischen den Fachgebieten und zwischen den Sektoren erleichtere den Kliniken schließlich die Erfüllung der Qualitätsanforderungen.

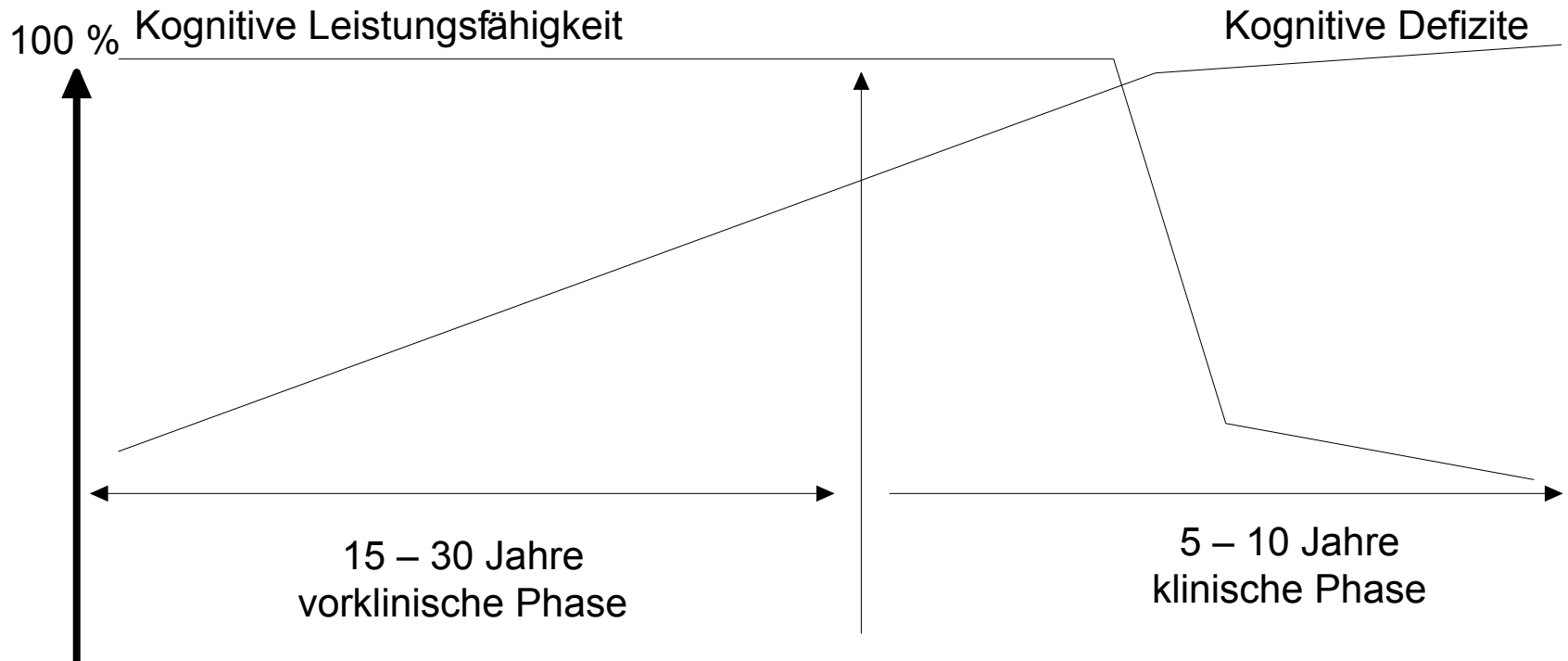
(MGEPA zur Krankenhausplanung 2015)

Strategie Krankenhaus Düren

- Der neue Krankenhausrahmenplan 2015 beschäftigt sich zum großen Teil mit dem Thema „Altersgerechte Versorgung, Geriatrie und Demenz“. Viele Krankenhäuser sind auf dem Weg und sehen die Notwendigkeit, neue Geriatrien auszuweisen. Dabei ist der bauliche Teil eine Frage im Bereich der Investitionsfinanzierung, der personelle Teil eine viel wichtigere Fragestellung, da der Markt ausgebildetes Personal auf Krankenseite nicht in ausreichender Zahl und Qualität hergibt.
- Strategie des Krankenhauses Düren ist es, nicht nur eine einzelne Station alters- und demenzgerecht umzubauen, sondern das ganze Krankenhaus generationen- und damit altersgerecht zu entwickeln.**
- Dabei soll eine Partnerschaft mit dem RBV (Altenpflegeeinrichtungen) und den LVR-Kliniken (60 Betten Gerontopsychiatrie mit Tagesklinik) dazu dienen, mit zwei Partnern zu kooperieren, die schon über umfangreiche Erfahrung im Bereich der altersgerechten Versorgung verfügen, um nicht erst mit einem großen Aufwand Parallelstrukturen aufzubauen. Allerdings ist es zum Gelingen des Projektes notwendig, bisher abgegrenzte gesetzliche Regelkreise zu überwinden (hier v.a. SGB V mit XI und XII).

3. Beispiele aus der Praxis

Frau Dr. Grümmer

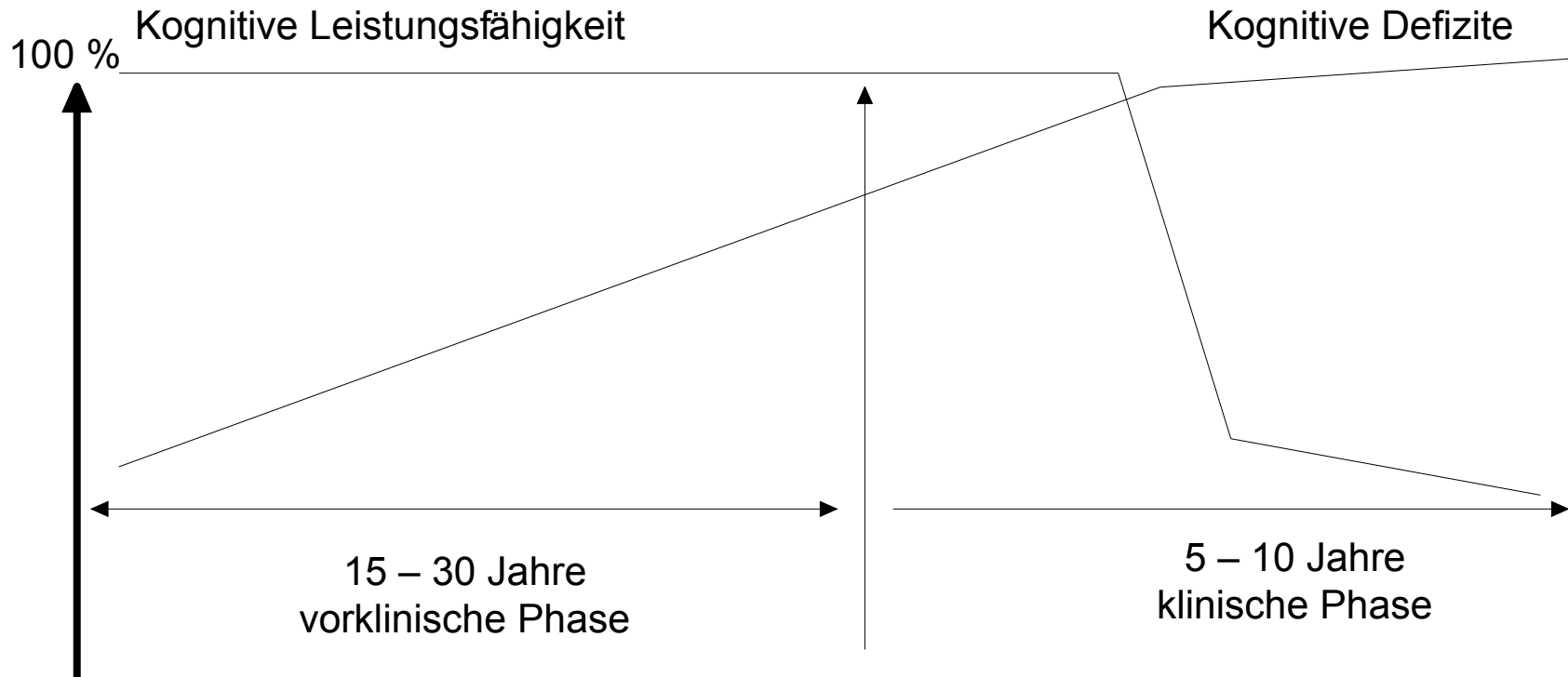


**Beginn
der pathophysiologischen
Veränderungen im Gehirn**

**Beginn
der Symptomatik**

Kompensation





**Beginn
der pathophysiologischen
Veränderungen im Gehirn**

**Beginn
der Symptomatik**

Resümee

Vernetzte Modellentwicklung am Beispiel des Zentrums für Altersmedizin = erfolgsversprechendes Modell

aber:

- aufgrund unzureichender Finanzierungsgrundlagen nur wegen des besonderen Engagements der beteiligten Häuser möglich
- Implementation von Prozessen vernetzter, disziplinen- und abteilungsübergreifender Zusammenarbeit im Krankenhaus aufwändig
- intensive Entwicklungs- Fortbildungs- und Überzeugungsarbeit erforderlich
- Gerontopsychiatrische Fachärzte sind in den Abrechnungsbedingungen des DRG-Systems nicht den Geriatern gleichgestellt (Abrechnung der Geriatriischen Komplexpauschale)
- verstärkte Anschubaktivitäten erforderlich